Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2200/18

Titel

Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 17.10.2018 zum TOP 3.2 (DS 2085/18 - Straßenausbaubeiträge in Thüringen) - Nachfragen

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Die Fragestellerin bat um schriftliche Beantwortung der folgenden Nachfragen:

„1. Wer kann rechtlich gesehen den Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses vom 16.08.2018 bezüglich der Komplexbaumaßnahme ‚Ermstedt – Schulstraße Nord - Amtmann-Wincopp-Straße‘ aufheben und wer muss den dafür notwendigen Antrag stellen und an wen?“

Das Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Stadtrat regelt die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse vom 18. Juni 2014.

Der Aufhebung des Beschlusses 0603/18 - Bestätigung der Entwurfsplanung – Amtmann-Wincopp-Straße/ Schulstraße Nord in Ermstedt vom 16.08.2018 kann durch die Verwaltung nicht zugestimmt werden.

Mit der Bestätigung der Entwurfsplanung wurde die Baumaßnahme in ihrer Planung zur Ausführungsreife weitergeführt. Sie befindet sich derzeit in der Phase der Ausschreibung. Mit der Aufhebung der Entwurfsplanung muss das laufende Ausschreibungsverfahren ebenfalls aufgehoben werden, was wiederum zu Schadensersatzansprüchen der beteiligten Bieter gegenüber der Stadt Erfurt führen kann.

Weiterhin ist die Maßnahme Bestandteil des Abwasserbeseitigungskonzeptes des Entwässerungsbetriebes und die Umsetzung fest im laufenden Haushalt eingeplant. Eine Verschiebung bedingt damit die Verzögerung der Umsetzung der geplanten ABK-Maßnahmen.

Die Umsetzung der Maßnahme ist für Mitte März 2019 bis Ende November 2019 vorgesehen.

2. Auf Landesebene ist zeitnah eine grundsätzliche Entscheidung zur Abschaffung oder Änderung der Straßenausbaubeiträge zu erwarten. Warum hat trotzdem weder der Oberbürgermeister noch eine Stadtratsfraktion im Interesse der Bürger von Erfurt im Stadtrat beantragt, die gültige Straßenausbaubeitragssatzung auszusetzen bis eine Entscheidung auf Landesebene gefallen ist?

Hinsichtlich der Befürchtung der Bürger, dass sie von einer möglichen Stichtagsregelung bei einer erneuten Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) und der in diesem Zusammenhang geplanten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht profitieren würden, kann gegenwärtig nur auf die in der Presse veröffentlichte Sachlage auf Landesebene verwiesen werden: *„Die rot-rot-grüne Landesregierung will die Straßenausbaubeiträge in Thüringen*

abschaffen. Das Kabinett verständigte sich am Dienstag [23.10.18 – Anmerkung des Verfassers] gemeinsam mit den Spitzen der Koalition darauf, eine erneute Änderung des Kommunalabgabengesetzes auf den Weg zu bringen. Sie soll rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. [...] Die Landesregierung selbst will mit dem Gemeinde- und Städtebund über ein Moratorium verhandeln. Laut einer Mitteilung der Staatskanzlei sei dessen Ziel, dass die Kommunen „für den Zeitraum des Gesetzgebungsverfahrens von der Erhebung der Straßenausbaubeiträge“ absehen.“¹

Unter Zugrundelegung dieses Kenntnisstandes wird es aus heutiger Sicht keine gesetzliche Grundlage mehr für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen geben, wenn die Baumaßnahmen in der Amtmann-Wincopp-Straße / Schulstraße Nord in Ermstedt abgeschlossen sind.

Vor diesem Hintergrund sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit den Beschluss 0603/18 aufzuheben.

¹ <https://bit.ly/2QbM1WL>

Zu der *Nachfrage*:

nimmt das Rechtsamt nach Prüfung wie folgt Stellung:

Die Verfahren hinsichtlich der Beschlussfassung im Stadtrat bzw. seiner Ausschüsse regelt die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse (GO StR) vom 18. Juni 2014.

Gemäß § 7 Abs. 3 GO StR kann der Stadtrat auf Antrag Angelegenheiten der Tagesordnung der Ausschüsse im Einzelfall an sich ziehen und **Beschlüsse eines Ausschusses aufheben** oder ändern.

Die Aufhebung des Beschlusses 0603/18 - Bestätigung der Entwurfsplanung – Amtmann-Wincopp-Straße/ Schulstraße Nord in Ermstedt vom 16.08.2018 wäre rechtlich auch zulässig, da kein Verstoß gegen eine Rechtsnorm vorliegt. Insbesondere wendet sich die begehrte Aufhebung des Beschlusses nicht gegen eine Maßnahme, die bereits vollzogen ist, da sich die beschlossene Entwurfsplanung derzeit in der Phase der Ausschreibung befindet und noch kein Vertrag abgeschlossen wurde. Mit der Aufhebung der Entwurfsplanung müsste zwar das laufende Ausschreibungsverfahren ebenfalls aufgehoben werden, was wiederum zu Schadensersatzansprüchen der beteiligten Bieter gegenüber der Stadt Erfurt führen könnte, dies stellt jedoch kein rechtliches Hindernis für die Aufhebung des Beschlusses dar.

Nach § 7 Abs. 1 GO StR können Angelegenheiten zur Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates schriftlich beispielsweise durch den Oberbürgermeister, eine Fraktion oder einen Ortsteilbürgermeister, sofern die Angelegenheit den Ortsteil betrifft, beantragt werden. Der Antrag kann auch durch mehrere Stadtratsmitglieder und/oder mehrere Fraktionen gemeinsam beantragt werden.

Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen, wie vorliegend die möglichen Schadenersatzansprüche der Bieter, müssen einen rechtlich zulässigen und tatsächlich durchführbaren Deckungsvorschlag enthalten.

Anlagen

gez. Dipl.-Ing. Reintjes
Unterschrift Amtsleiter

13.11.2018
Datum